

Verwaltungsrat bleibt optimistisch

Die Trägerschaft des Menzinger Altersheims Luegeten will ihr Aktienkapital erhöhen, obwohl sich die Minderheitsaktionärin Neuheim nicht beteiligen will. Aus deren Sicht ist das Risiko zu gross.

Rahel Hug

Dass die Luegeten AG – die Trägerschaft des Menzinger Pflegezentrums – mehr Geld braucht, ist schon länger bekannt. Die geplante Aktienkapitalerhöhung von 3,5 Millionen auf 6 Millionen Franken soll das Verhältnis zwischen Anlagevermögen und Aktienkapital wieder ins Lot bringen.

Inzwischen steht fest, dass die Gemeinde Neuheim, die als Minderheitsaktionärin beteiligt ist, die geplante Erhöhung nicht mitträgt. Kürzlich teilte der Gemeinderat mit, dass er, gestützt auf die Erkenntnisse einer Arbeitsgruppe, die die finanzielle Situation der Luegeten AG geprüft habe, auf eine Aktienkapitalerhöhung verzichte. Man bleibe aber Minderheitsaktionärin und sei offen, eine Erhöhung erneut zu prüfen, sollte die «ungünstige Ertrags- und Finanzierungssituation einer langfristig tragfähigen Lösung zugeführt werden».

Arbeitsgruppe prüfte drei Szenarien

Unsere Zeitung hat basierend auf dem Öffentlichkeitsprinzip Einsicht in die Dokumente verlangt, die zum Entscheid führten. Die Arbeitsgruppe, die durch einen externen Berater unterstützt wurde, hatte den Auftrag, drei Varianten zu prüfen. Das erste Szenario: Neuheim beteiligt sich an der geplanten Erhöhung. Das zweite: Neuheim beteiligt sich nicht, bleibt aber Aktionärin. Das dritte: Neuheim verlässt das Aktionariat. «Die Sicherstellung der stationären Langzeitpflege muss nicht zwingend über eine kapitalmässige/operative Beteiligung an einem oder mehreren Leistungserbringern erfolgen», heisst es im Dokument zu den rechtlichen Grundlagen. Eine Alternative würden beispielsweise langfristige Leistungsaufträge bieten.

Die gemeinnützige Aktiengesellschaft Luegeten AG wurde 2015 gegründet. Die Gemeinde Neuheim zeichnete ein Aktienkapital von 850 000 Franken,



Der Luegeten-Neubau wurde im letzten Sommer bezogen.

Bild: Stefan Kaiser (Menzingen, 17. November 2021)

dies vor dem Hintergrund, dass eine Nutzungsanpassung mit einem Investitionsvolumen von 12 Millionen Franken geplant war. Das Investitionsvolumen für das Projekt «Lueg emol» (der im letzten Sommer bezogene Neubau) weiche inzwischen vom ursprünglichen Projekt deutlich ab, heisst es im Beschluss. Das Gesamtprojekt inklusive der Übergangslösung kostete rund 33 Millionen Franken, der Verwaltungsrat kündigte aber im Herbst an, den Neubau unter Budget abschliessen zu können.

Basierend auf der strategischen Finanzplanung 2022 bis 2032 der Luegeten AG vermutet der Neuheimer Gemeinderat, dass die Erlöse im Jahr 2023 nicht im budgetierten Ausmass anfallen. «Der Cashflow im Jahr 2024 fortfolgend reicht nicht, um die vereinbarten Amortisationen (...) leisten zu können.» Weiter heisst es in den Erwägun-

«Die Liquidität ist gesichert und mit der aktuellen Bettenbelegung von 56 Bewohnenden entspannt sich die Situation.»



Jürg Brändli
VR-Präsident Luegeten AG

gen: «Aufgrund des strukturell zu tiefen Cashflows wird sich die Lage ohne langfristige Lösung der Finanzierungsprobleme nicht beruhigen.» Es bestehe ein «grosstes Risiko», dass erneut Anträge des Verwaltungsrates der Luegeten AG für weitere Aktienkapitalerhöhungen gestellt werden müssten. Und: «Die Finanzierung von Ersatzinvestitionen für die nächsten zehn Jahre scheint nicht gesichert zu sein.»

Eine Besprechung soll zeitnah stattfinden

Durch die einmalige Aktienkapitalerhöhung könne kaum eine «nachhaltige finanzielle Gesundheit» erreicht werden, fasst die Arbeitsgruppe zusammen. Sie erachtet die zweite Variante deshalb als zielführend, schlägt aber vor, den Mitaktionärinnen die «Bereitschaft zur Mitarbeit an einem Massnahmenplan und somit zur Lösung der anstehenden

Probleme» aufzuzeigen. Dazu solle zeitnah eine Besprechung mit der Einwohnergemeinde Menzingen (Mehrheitsaktionärin) sowie der Hilfsgesellschaft (ebenfalls Minderheitsaktionärin) stattfinden. In den Unterlagen ist aber auch festgehalten, dass die Variante 2 zu «Imageproblemen oder negativen Diskussionen» führen könnte, da die Luegeten AG «vermutlich» zu Sparanstrengungen gezwungen werde, um der Gesundung der finanziellen Situation gerecht zu werden.

Kurz zusammengefasst: Der Gemeinderat Neuheim vertraut den Plänen der Luegeten AG nicht. Dies, obwohl die Verantwortlichen im Herbst versichert hatten, dass der drohende Liquiditätsengpass abgewendet sei. Mit der Geldgeberin, der Luzerner Kantonalbank, wurden Möglichkeiten gesucht, um das laufende operative Geschäft zu

sichern. Teil des «Lösungspaketes» ist eine Rückzahlung der Hypothek bei der Zuger Kantonalbank aus frei gewordenen Eigenmitteln sowie die Amortisation weiterer Kredite.

VR-Präsident kennt Dokumente nicht

Wie geht es nun weiter? Was bedeutet der Entscheid für die Trägerschaft des Pflegezentrums? Jürg Brändli, Präsident des Verwaltungsrates der Luegeten AG, äussert sich auf Anfrage wie folgt: «Wir bedauern den Entscheid des Gemeinderates Neuheim, sich nicht zu beteiligen. Der Anteil von Neuheim am geplanten Aktienkapital wird sich daher reduzieren.» Aktuell gehe man davon aus, dass kein zusätzlicher Aktionär einsteige und somit die Erhöhung des Aktienkapitals tiefer ausfallen werde.

Zu den Details des Neuheimer Beschlusses kann sich Brändli nicht äussern: «Da wir leider keine Kenntnis der Ergebnisse haben, können wir die Gründe, die zu diesem Entscheid geführt haben, nicht kommentieren.» Man sei überzeugt, die Luegeten wie in den vergangenen Jahren «wirtschaftlich vernünftig» führen zu können. Auf die Frage, wie die Situation bei der Hilfsgesellschaft Menzingen aussieht, sagt Brändli: «Die Hilfsgesellschaft wird, vorausgesetzt ihre Generalversammlung im Juni 2022 bestimmt nichts anderes, bei der Aktienkapitalerhöhung dabei sein.»

Die Pläne in Menzingen haben sich also nicht geändert. An der Gemeindeversammlung im Juni 2022 soll die Aktienkapitalerhöhung beantragt werden. Die entsprechenden Dokumente wie der Aktionärsbindungsvertrag, so der Verwaltungsratspräsident, seien in Überarbeitung. Brändli erklärt abschliessend: «Die Liquidität ist gesichert und mit der aktuellen Bettenbelegung von 56 Bewohnenden entspannt sich die Situation und wir bewegen uns in Richtung der geplanten unternehmerischen Entwicklung.» In der Luegeten gibt es 62 Betten.

Zu teuer und zu viel Zeitverlust: Grüngut wird nicht gescannt

Der für die Grünabfuhr zuständige Zweckverband hat sein im Kanton Zug durchgeführtes Pilotprojekt ausgewertet.

Bis auf weiteres wird der Grünabfall im Kanton Zug nicht auf Fremdstoffe hin untersucht werden. Der Zweckverband der Zuger Einwohnergemeinden für die Bewirtschaftung von Abfällen (Zeba) teilt mit, dass der von März 2020 bis Ende 2021 durchgeführte Versuch keine Fortsetzung findet. «Die Auswertung des schweizweit ersten Pilotprojektes in den Zuger Gemeinden zur Erkennung von Fremdstoffen im Grüngut zeigten, dass die erhofften Ziele nur teilweise erreicht werden konnten», schreibt der Zeba und ergänzt: «Eine Kosten-/Nutzen-Analyse

sowie die notwendige und aufwendige technische Weiterentwicklung bewegen den Zeba zu diesem Schritt.»

Über 22 000 Container sind untersucht worden

Sinn der Sache war, Fremdstoffe wie etwa Plastik per Scanner im Container zu erkennen und so einerseits einen Überblick über die Häufung zu erhalten – und andererseits gegebenenfalls fehlbare Haushalte büssen zu können. Denn Grüngut sei «oftmals mit Fremdstoffen vermischt, was bei der Vergär- und Kompostieranlage zu aufwendigen

vorgängigen Sortierarbeiten führt. Dies erschwert und verteuert die Grüngutverwertung», heisst es in der Mitteilung weiter.

Während der Dauer des Versuchs seien rund 22 500 Grüngutcontainer im ganzen Kanton Zug auf Fremdstoffe gescannt worden. In einem weiteren Projektschritt seien in Absprache mit der Bevölkerung in einem Wohnquartier die Grüngutcontainer mit einem Chip versehen worden, «um neben einer Aussage zur Grüngutqualität auch die Rückverfolgbarkeit zu gewährleisten».

Die Auswertung zeigte, dass mehr als 90 Prozent oder gut 20 000 der gescannten Container «eine gute Grüngutqualität» aufwiesen. Dies lasse den Rückschluss zu, dass «mengenmässig mehr als 95 Prozent der Containerinhalte als Grüngut erkannt wurden». Lediglich ein bis zwei Prozent der Gesamtmenge müssten eindeutig als Fremdstoffe klassifiziert werden.

Die Nachteile überwiegen die Vorteile

Dank des Pilotprojekts könne der Zeba verlässliche Aussagen über die Grössenordnung der

Fremdstoffproblematik machen. Das eingebaute GPS erlaube eine Lokalisation der Containerstandorte und man wisse, wo die Gebiete mit einem hohen Fremdstoffanteil sind. Der Scanner ermögliche dank der guten Bilder auch eine zuverlässige Klassifizierung der Fremdstoffe. Grosse Nachteile seien jedoch der grosse Zeitbedarf für den Scanvorgang, was die Sammel-touren um 25 Prozent verlängere, «sowie die Tatsache, dass der Containerinhalt erst nach dem Leeren im Entsorgungsfahrzeug gescannt wird», schreibt der Verband weiter.

Nachteilig sei auch, dass die Erkennung allfälliger Fremdstoffe in den bioabbaubaren «Compo-bags» nicht funktioniert. «Um die Rückverfolgbarkeit via Chip flächendeckend zu gewährleisten, wäre aus Datenschutzgründen auch das entsprechende Einverständnis aller Nutzer erforderlich.» Zudem müsste für die Flächendeckung die ganze Fahrzeugflotte mit dem System ausgerüstet werden. Nach eingehender Kostenanalyse sei der Zeba zum Schluss gelangt, dass die definitive Etablierung des Systems unverhältnismässig sei. (bier)